



Suchergebnisse: Neunburg vorm Wald

22. Februar 1988 – Sicherheitsbericht wird öffentlich ausgelegt

Wackersdorf * Der Sicherheitsbericht für die beantragte zweite atomrechtliche Teilerrichtungsgenehmigung wird öffentlich ausgelegt. Bürger, Gemeinden und Verbände können die Unterlagen einsehen und bis zum 22. April 1988 Einwendungen gegen das Vorhaben erheben. Die Auslegung bildet die Grundlage für den späteren Erörterungstermin in Neunburg vorm Wald. Trotz der möglichen grenzüberschreitenden Auswirkungen lehnt die bayerische Staatsregierung eine amtliche Auslegung der Unterlagen in Österreich ab. Dies verstärkt dort den politischen Widerstand gegen die WAA.

11. Juli 1988 – Erörterung der Einwendungen beginnt

Neunburg vorm Wald * In der Stadthalle von Neunburg vorm Wald beginnt der öffentliche Erörterungstermin zur zweiten atomrechtlichen Teilerrichtungsgenehmigung. Vertreter der Genehmigungsbehörde und der DWK treffen auf Einwender, Rechtsanwälte, Sachverständige, Bürgerinitiativen sowie Vertreter deutscher und österreichischer Kommunen und Behörden. Im Mittelpunkt stehen unter anderem die Strahlenbelastung, mögliche radioaktive Ableitungen, die Gefährdung des Grundwassers, die Erdbebensicherheit und der Schutz vor Flugzeugabstürzen. Das Verfahren findet unter großem Medieninteresse und strengen Sicherheitsvorkehrungen statt.

3. August 1988 – Erörterungstermin wird vorzeitig beendet

Neunburg vorm Wald * Nach 23 Tagen erklärt das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen den Erörterungstermin zur zweiten Teilerrichtungsgenehmigung vorzeitig für beendet. Vorausgegangen sind anhaltende Auseinandersetzungen über den Ablauf und eine Protestaktion der Umweltorganisation Robin Wood, deren Aktivisten gelbe, als Atommüllbehälter gekennzeichnete Fässer in die Stadthalle rollen. Die Genehmigungsbehörde begründet die Beendigung mit den wiederholten Störungen. WAA-Gegner kritisieren dagegen, dass zahlreiche Einwendungen und sicherheitsrelevante Fragen nicht abschließend behandelt worden seien. Der umstrittene Abbruch beschäftigt später auch den Bayerischen Landtag.